

Basel, 26. Februar 2004

Vernehmlassung des VPOD Region Basel zum Bericht des Universitätsrates betr. Leistungsvereinbarung 2005-2008

Die in der Finanzmarktsprache bezeichnete „Portfolio-Bereinigung“ des Universitätsrates ist der grösste Bildungs- und Sozialabbau in der Geschichte der Universität. Ohne plausible Argumente werden Fächer mit Tradition, Erfolgsgeschichte und langer Aufbauarbeit gestrichen oder halbiert. Dieses Ab- und Umbaupaket ist die Fortsetzung des neoliberalen Umbaus der Universität seit der Auslagerung und gleichzeitig der Anfang einer härteren Gangart der Universitätsleitung was Restrukturierung, Portfolio-Überprüfung und Anstellungsbedingungen betrifft. Der vpod kritisiert sowohl die Inhalte des Uniratsberichtes als auch das undemokratische Vorgehen.

1. Wo bleiben die Mitwirkungsrechte an der Universität Basel?

Wir möchten einmal mehr festhalten, dass die Vernehmlassungsfristen an der Universität bei weitem zu kurz sind für die demokratische Meinungsbildung. Gerade zu einem Um- und Abbau von Fächern im vorliegenden Ausmass müsste eine öffentliche Debatte stattfinden, die unmöglich in einem Monat über die Bühne gehen kann. Wie wir wissen, hat auch die Gruppierung IV wiederholt längere Vernehmlassungsfristen verlangt. Wir stellen fest, dass trotz berechtigten Einwänden die Vernehmlassungsfristen immer kürzer werden.

Zur unzumutbar kurzen Vernehmlassungsfrist kommt die Vorgehensweise des Unirates: Wenn InstitutsleiterInnen, Lehrende und Mitarbeitende am gleichen Tag wie die Medien erfahren, dass ihr Institut/Arbeitsort aufgehoben oder dessen Budget halbiert wird, dann sind die Mitwirkungsrechte der ArbeitnehmerInnenseite nicht gewahrt. Niemand hatte die Gelegenheit, vom Recht auf Anhörung und vom Recht, eigene Vorschläge einzubringen, Gebrauch zu machen. Die derzeitige Vernehmlassung erfolgte nach Beschlüssen des Unirats, die öffentlich kommuniziert wurden. Dieses Vorgehen des Arbeitgebers Universität lässt jeden Respekt und jedes Verständnis für die Rechte der ArbeitnehmerInnenseite vermissen und entspricht der Art und Weise, die man von restrukturierenden Grosskonzernen gewohnt ist, wenn sie Managemententscheide zu Entlassungen mitteilen.

Wir erlauben uns im folgenden, die sog. Portfolio-Bereinigung des Universitätsrates kritisch zu beurteilen, ohne Herrn Soirons Aufforderung, zu sagen, wo denn sonst

gespart werden könnte, nachzukommen. Vielmehr stellen wir das anvisierte neue Profil der Universität und die damit verbundene Umverteilung der Ressourcen grundsätzlich in Frage.

2. Folgen der Auslagerung der Universität 1996

Mit der Auslagerung der Universität begann die Entwicklung in Richtung Uni AG, einem Unternehmen nach privatwirtschaftlichem Muster, das sich, nicht zuletzt auch unter dem Spardruck des Globalbudgets, zunehmend auf Rentabilität, sprich von der Wirtschaft finanzierte Forschung ausrichtet und die Studierenden nach den Anforderungskriterien der Wirtschaft ausbildet.

Mit dem vorliegenden Ab- und Umbauprojekt beschleunigt der Universitätsrat die Entwicklung, die mit der Auslagerung begonnen hat. Der Spardruck des Globalbudgets führte zu immer mehr Drittmittelfinanzierung, nun liest man im Bericht des Unirates, als weiteres Ziel sollen die Fächer für noch mehr Drittmittelfinanzierung sorgen. Damit bestimmt immer mehr die Wirtschaft via Finanzierung, welche Forschung betrieben wird. Die Forschungsfreiheit wird zunehmend in Frage gestellt.

Auf die Auslagerung der Universität folgte der Ausbau der Verwaltung auf rund 80 Stellen, der Ressourcen bindet, die vorher in Lehre und Forschung fließen konnten.

Es folgten Strukturreformen, die zusehends die uni-internen demokratischen Strukturen ab- und die Macht des Rektorates ausbaute. Auf die Autonomie vom Staat folgte die uni-interne Umstrukturierung zur Gewinnung jeder unternehmerischen Freiheit. Anlässlich der Reform des Unistatuts vom Dezember 2003 hat der *vpod* in seiner Vernehmlassung die Abwertung demokratischer Strukturen (Regenz) und den Ausbau der Kompetenzen des Rektorats kritisiert. Bis heute sah der *vpod* keine Auswertung dieser Vernehmlassung.

Für den *vpod* war die Auslagerung der Universität ein Fehlentscheid. Wir haben die verwaltungsweite Einführung von New Public Management denn auch bekämpft, gerade weil mit der Erfahrung der ausgelagerten Uni klar war, dass die gewonnene unternehmerische „Freiheit“ vor allem die autonome Verwaltung der gekürzten Mittel bedeutet und zwingt, mehr Eigenmittel zu erwirtschaften. Das wirkt sich auf die Bildung, die ein öffentliches Gut und keine Ware ist, äusserst negativ aus. In einem politisch sensiblen Bereich wie die Bildung braucht es nicht Management- sondern demokratisch legitimierte Entscheide.

Die Entwicklung an der Uni seit der Auslagerung ist aber nicht mehr demokratisch legitimiert, sondern folgt in erster Linie dem Kriterium der ökonomischen Verwertbarkeit von Bildung und Forschung. Dass heute der Unirat seine sog. Portfolio-Bereinigung vom Grossen Rat beschliessen lassen möchte, weil, wie Herr Soiron anlässlich der Orientierung der Sozialpartner sagte, die Universität zum Service Public gehöre, ist zwar eine weise, aber reichlich späte Erkenntnis. Allerdings ist ja spätestens seit der NPM-Diskussion bekannt, dass eine Leistungsvereinbarung nicht auf der Ebene des Grossen Rates beschliessen wird, sondern zu den operativen Geschäften des Regierungsrates gehört. Das Beharren der Regierung auf dieser Position u.a. hat der flächendeckenden Einführung von

NPM den Kragen gekostet, weil der Grosse Rat sich nicht entmachten lassen wollte, und seinen Einfluss auf die Leistungsseite nicht vollständig aufgeben wollte.

3. Der Bericht des Universitätsrates zur Leistungsvereinbarung 05-08

Die Begründungen für die Budgetstreichungen und Institutsschliessungen folgen keinen verbindlichen Kriterien. Sie sind willkürlich. Das Gemeinsame der abbaubetroffenen Fächer ist, dass sie keine Lobby haben. Die Entscheide sind weder überregional noch national mit anderen Universitäten koordiniert. Es scheint vor allem darum zu gehen, das Studienangebot auf den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz auszurichten: Schwerpunkt Life-Sciences und ein ETH-Institut Systembiologie für die chemische Industrie und die Stärkung der Gesellschaftswissenschaften zur Bewältigung des sozialen Wandels, die durchaus auch im Interesse der Opfer fordernden deregulierenden Wirtschaft ist.

Beim ersten Blick auf die Zahlen fällt auf: Der Unirat budgetiert per 2008 ein jährliches Defizit von 23 Mio. Fr., das zum grossen Teil (16 Mio Franken) aus Mehrbedarf und durch die Umverteilung von Finanzen in die markttauglichen Fächer wie Life Sciences entsteht. Es handelt sich bei diesem Budgetdefizit nicht um die Extrapolation einer gegenwärtig defizitären Rechnung, sondern um ein planerisch herbeigeführtes Defizit, das kaum taugt, um Streichung und Abbau einzelner Fächer, deren Spareffekt erst noch minim ist, zu legitimieren.

Auf den zweiten Blick fällt auf: Die Ausgaben für Bauten und Renovationen, die von Bund und Kantonen ausserhalb des Globalbeitrags finanziert werden, haben sich von 2004 bis 2008 mehr als verdreifacht von heute 12.7 auf 40 Mio. Franken jährlich. Der Spareffekt durch die Streichung und Kürzung von Fächern ist im Vergleich dazu bescheiden: total 10,8 Mio. Franken. Anders gesagt: mit einer leicht bescheideneren Ausgabenentwicklung bei Bau- und Renovationsprojekten könnte auf den Fächerabbau problemlos verzichtet werden.

Es ist anzunehmen, dass die rasante Ausgabenentwicklung bei Bau- und Renovationsprojekten mit dem Campus-Projekt zu tun hat, wie der Unirat auf S. 26 seines Berichtes zu erkennen gibt. Die heute über 80 Standorte sollen an zwei bis drei Standorten zusammengezogen werden, auf einem Campus rund um den Petersplatz. (Frage: Wird der wissenschaftliche Wert des botanischen Gartens bei der derzeitigen Portfolio-Bereinigung in Abrede gestellt, weil er auf dem zukünftigen Campus liegt?)

Vor diesem Hintergrund muss man feststellen:

Nicht fehlende Millionen, sondern den Umbau der Uni, sowohl was die Inhalte von Lehre und Forschung als auch die baulichen Hüllen betrifft, sollen die einzelnen Fächer, die Uni-Mitarbeitenden und die Studierenden durch Schliessung von Instituten, Kürzungen von Institutsbudgets, Stellenabbau und 2% Lohnkürzung bezahlen. Wenn das Fächerangebot ohne inhaltlich plausible Argumente und ohne Koordination im CH-Kontext eingeschränkt wird, die Löhne auch bei kleinen Einkommen gesenkt werden und gleichzeitig die Ausgaben für Immobilien immer grösser werden, dann ist dies eine Prioritätensetzung, die kaum mehr nachvollzogen werden kann. Mit dem Argument der Finanzknappheit werden Fächer, die ein grosser gesellschaftlichen Gewinn sind, geschlossen oder halbiert, obschon der

Spareffekt klein ist, markttaugliche Fächer erhalten mehr Mittel, und überhaupt keine Rolle scheinen die Finanzen bei den baulichen Investitionen zu spielen. Es wundert deshalb nicht, dass Studierende, Lehrende und Mitarbeitende gegen diese planerischen Unverhältnismässigkeiten protestieren.

Beunruhigend ist weiter, dass das Studienangebot laut Universitätsrat in Zukunft in regelmässigen Abständen überprüft und im Rahmen strategischer Überlegungen angepasst werden soll. Wie soll man sich unter diesen Voraussetzungen die Lehre und Forschung und die interdisziplinäre Zusammenarbeit vorstellen, wenn nie klar ist, was bei der nächsten Portfoliobereinigung gestrichen wird?

Es ist absurd, die Slavistik zu streichen, die an den drei Standorten Basel, Bern, Fribourg in vorbildlicher Weise Schwerpunkte geschaffen hat, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Zudem verkennt der Unirat die Bedeutung der Leistungen der Slavistik für die Osterweiterung der EU.

Ebenso lehnt der *vpod* die mit nicht plausiblen Argumenten begründete Schliessung der Geologie, Astronomie, und Theoretischen Mathematik ab.

Die Strategie des Unirates gegenüber den Trägerkantonen ist scheinbar zu sagen, schaut her, wir streichen das Wünschbare und beschränken uns auf das Notwendige (nach welchen Kriterien oder Wünschen der Kantonsregierungen auch immer dies entschieden wurde), wir bringen Opfer, jetzt gebt uns aber bitte mehr Geld. Es fragt sich, ob dieses Bauernopfer in einer Zeit, in der die bürgerlichen Regierungs- und Parlamentsmehrheiten Steuergeschenke an die grossen Einkommen machen, den Service public abbauen und mit dieser Politik der leeren Kassen die Staats- und Fiskalquote senken, überhaupt irgendeine Wirkung zeigen wird. Die Rücktrittsdrohung des Unirates scheint uns die einzige adäquate Reaktion auf die von den Kantonen verordnete Prekarität zu sein.

Für die Konsequenzen der Schliessung oder Budgetkürzung der betroffenen Fächer für die universitäre Lehre und Forschung in der Schweiz verweisen wir auf die Vernehmlassungen der Institute und Seminare.

4. Die Uni-Mitarbeitenden haben genug Federn gelassen!

Mit der Knappheit des immer gleich bleibenden Globalbudgets kamen, wie in jeder Firma, zuerst die Lohnkosten unter Druck.

Bei der Auslagerung der Universität wurde (wie heute im Fall der Basler Verkehrsbetriebe) den Mitarbeitenden versprochen, die Anstellungsbedingungen würden weiterhin jenen des Kantons Basel-Stadt entsprechen. Das war denn auch so, wenn es um die Umsetzung von Sparpaketen des Kantons ging. Bei den Sparmassnahmen des sog. Haushalt-2000-Sparpaketes hat das Uni-Personal auf Lohnstufen und Teuerungsausgleich verzichtet wie das Kantonspersonal.

Im 2001 wurde die neue Uni-Gehaltsordnung geschaffen. Auch bei dieser Gelegenheit bemühte sich die Uni-Leitung mitzuteilen, das basel-städtische Lohngesetz werde übernommen. Der Vorlage fehlten dann aber zwei wesentliche Eckpfeiler des kantonalen Lohngesetzes: die Automatismen bei Stufenanstieg und

den Teuerungsausgleich und die zentrale Einreihung der Funktionen durch den Unirat. Nach andauerndem Protest und einer Petition, die von einer grossen Mehrheit der Uni-Mitarbeitenden aller Gruppierungen unterschrieben wurde, konnte mit der Uni-Leitung ein Kompromiss ausgehandelt werden. Per Januar 2004 wurde nun der Teuerungsausgleich zum ersten Mal nicht mehr bezahlt (ausser bei den Lohnklassen 1 bis 11).

Die ab 1996 Pensionierten haben den Teuerungsausgleich auf den Renten nicht mehr garantiert.

Die Entschädigung für Lehraufträge wird ab Sommersemester nur noch maximal in Lohnklasse 18/ Stufe 11 erfolgen.

Vor diesem Hintergrund kann es kaum erstaunen, dass die Mitarbeitenden der Uni empört sind und nicht bereit sind, für die verfehlte Politik mit Entlassungen und Lohnverzicht gerade zustehen.

Die Löhne des technisch-administrativen Personals bewegen sich in einem existenziellen Bereich, unter den nicht gegangen werden kann. Aber auch die Assistierenden und Lehrbeauftragten arbeiten unter denkbar schlechten Bedingungen. Die prekären Betreuungsverhältnisse haben die Arbeit stark intensiviert. Die steigenden Zahlen der Drittmittelbeschäftigten bedeuten grösstenteils Arbeitsbedingungen nach Obligationenrecht, sprich kaum Absicherung gegen Krankheit und Kündigung.

Der *vpod* wendet sich vehement gegen den Abbau von rund 100 Stellen und gegen den Lohnabbau von zweimal 1%! Insbesondere drohen uns weitere Lohneinbussen mit der laufenden Revision des Pensionskassengesetzes. Durch die Einsparung von 3% der Lohnsumme in den Jahren 2002 und 2003 waren die Universitätsangestellten enormen Mehrbelastungen ausgesetzt. Der *vpod* erwartet von der Unileitung eine Verbesserung der Anstellungsbedingungen vor allem im Drittmittelbereich, bei den Assistierenden und Lehrbeauftragten und bei den technisch-administrativen Mitarbeitenden.

5. Bildung ist ein öffentliches Gut

Bildung ist ein öffentliches Gut und als solches gehört es demokratisch gesteuert und kontrolliert. In die Bildung als einziger Rohstoff unseres Landes muss investiert werden von Bund und Kantonen. Die Schweiz steht weit hinter vergleichbaren Ländern wie z. B. Österreich in bezug auf die Bildungsausgaben. Mit dem Steuerpaket des Bundes, das Steuergeschenke an grosse Einkommen macht, werden die Bildungsausgaben weiter gekürzt. Mit dem neuen Finanzausgleich zieht sich der Bund aus dem Stipendienwesen zurück. Stipendienabbau, die von Bundesbern geplante Uni-Gebührenerhöhung und die Bologna-Reform verschärften die soziale Selektion im Zugang zur universitären Bildung. Die Chancengleichheit rückt in weite Ferne. Noch immer studieren in der Schweiz deutlich weniger Jugendliche aus bildungsfernen und einkommensschwachen Haushalten. Die Schweiz hat in Sachen Chancengleichheit gegenüber andern europäischen Ländern grossen Nachholbedarf.

Das Fächerangebot der Uni soll sich an den relevanten gesellschaftlichen Fragen orientieren. Welche gesellschaftlichen Fragen relevant sind, darf nicht deren Rentabilität entscheiden. Der *vpod* fordert, dass diese wissenschaftspolitischen Entscheide in einem demokratischen Prozess austariert werden.